



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsdatum: Montag, den 28.09.2015
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 15:25 Uhr
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

stellv. Landrat

Haupt-Kreutzer, Christine

Mitglieder der CSU Fraktion

Schäfer, Elisabeth
Schmidt, Martina
Schulz, Jutta
Zorn, Matthias

Mitglieder der SPD Fraktion

Gernert, Sibylle

beschließende Ausschussmitglieder

Knorz, Andrea
Meixner, Wolfgang
Rüthlein, Anna
Speck, Kathrin

beratende Ausschussmitglieder

Krieger, Bernd
Pfeuffer, Erwin
Remelka, Wolfgang
Rottmann-Heidenreich, Gabriele
Schaper, Theresa
Scheller, Matthias
Schrappe, Andreas

Stellvertreter

Weidner, Andreas

Vertretung für Herrn Benjamin Tausch

stellv. beratendes Mitglied

Rostek, Klaus

Vertretung für Herrn Hermann Gabel

Schriftführer/in

Schäfer, Maria

Außerdem anwesend:

Zuhörer

vom Landratsamt:

Herr Schimanski
Herr Obermayer
Frau Schorno

Abwesend/Entschuldigt:

Landrat

Nuß, Eberhard

stellv. Landrat

Amrehn, Armin
Heußner, Karen
Brohm, Waldemar

Mitglieder der SPD Fraktion

Schmid, Harald

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Heeg, Rita

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Rützel, Thomas

beschließende Ausschussmitglieder

Adams, Gunter Prof.
Tausch, Benjamin

beratende Ausschussmitglieder

Gabel, Hermann
Shahaf-Scherpf, Rivka
Waigandt, Gerhard

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Fachstelle Jugendarbeit-Schule beim Kreisjugendring **FB 31a/158/2015**
2. Jugendsozialarbeit an Schulen; Aufstockung der JaS an der Mittelschule Gaukönigshofen **FB 31a/159/2015**
3. Erweiterung der Familienbildungsangebote im Landkreis Würzburg **FB 31a/156/2015**
4. Kommunale Familienzeitpolitik im Landkreis Würzburg **FB 31a/160/2015**
5. Sonstiges
 1. mündliche Kurzinformationen
 2. Antrag der Bundesvereinigung der Kindertagespflegepersonen e. V., Frau Hartmann, betreffend Kindertagespflege

Frau stellv. Landrätin Christine Haupt-Kreutzer begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Mitglieder im Jugendhilfeausschuss, alle Gäste, sowie die Damen und Herren der Verwaltung.

Sie stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist und mit der Tagesordnung Einverständnis besteht.

Jugendhilfeausschuss	Termin 28.09.2015	Vorlage: FB 31a/158/2015
		TOP 1
		öffentlich

Fachbereich: Amt für Jugend und Familie

Betreff:

Fachstelle Jugendarbeit-Schule beim Kreisjugendring

Sachverhalt:

Mit Beschluss im Jugendhilfeausschuss am 20.02.2013 wurde eine Projektstelle zur Koordination von Jugendarbeit und Schule im Umfang von 50% einer sozialpädagogischen Fachkraft beim Kreisjugendring Würzburg für den Zeitraum 01.07.2013 - 31.12.2015 eingerichtet. Vor Entscheidung einer Weiterführung der Projektstelle wird nach Vorgabe des Jugendhilfeausschusses durch die Jugendhilfeplanung eine Evaluation als Grundlage einer Empfehlung vorgelegt.

Nachstehende Planungsgruppe wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.12.2014 mit der Evaluation beauftragt:

- Elisabeth Schäfer, Kreisrätin, Vorsitzende des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
- Johanna Seubert, Vertreterin der Jugendorganisationen, Bund Naturschutz
- Verena Weisheit (Holzinger), Kreisjugendring, Projektstelle
- Michael Hümmer, Vertreter der Schule, Schulleiter Mittelschule Gaukönigshofen
- Klaus Rostek, Jugendhilfeplaner, Amt für Jugend und Familie

Umsetzung der Evaluation:

- Schriftliche Befragung
 - der beteiligten Schulen
 - der beteiligten Jugendorganisationen
 - der nicht-beteiligten Schulen
- Auswertung der Befragungsergebnisse
- Entwurf einer Empfehlung für den Jugendhilfeausschuss

Im Folgenden stellt der Jugendhilfeplaner Herr Rostek die Ergebnisse der Evaluation vor:

Die vom Jugendhilfeausschuss beauftragte Planungsgruppe empfiehlt auf Grundlage der Evaluationsergebnisse eine Weiterführung der Koordinierungsstelle in der Trägerschaft des Kreisjugendringes im bisherigen Umfang von 50 % einer sozialpädagogischen Fachkraft. Die Koordinierungsstelle sollte zunächst für einen Zeitraum von 5 Jahren eingerichtet werden um durch eine neuerliche Evaluation zum Ende dieses Zeitraums längerfristige Effekte zu überprüfen und die derzeit nicht bekannten Auswirkungen der Veränderungen in der Schullandschaft berücksichtigen zu können.

Laufzeit

5 Jahre (01.01.2016 - 31.12.2020)

Träger

Kreisjugendring Würzburg

Stellenumfang

50% einer sozialpädagogischen Fachkraft

Kosten

Anteilig im Landkreiszuschuss

2016: 23.800,00 €

Folgejahre: Fortschreibung auf Basis des Grundlagenvertrags zwischen Kreisjugendring und Landkreis Würzburg
(Dynamisierung der Personalkosten)

Debatte:

Herr Weidner, stellvertretender Vorsitzender des Kreisjugendringes, ergänzt hinsichtlich der weiterführenden Schulen, dass im Schuljahr 2015/2016 mit der Realschule Höchberg und dem Gymnasium Veitshöchheim zwei weiterführende Schulen beteiligt sind. Herr Pfeuffer, Schulamt, betont, dass die Schulen sehr dankbar über dieses Angebot sind. Das Schulamt freut sich sehr über die Weiterführung des Projektes.

Die Vorsitzende des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, Frau Kreisrätin Schäfer, begrüßt ebenfalls die Weiterführung des Projektes beim Kreisjugendring. Als Beteiligte an der Evaluation war sie ausgesprochen überrascht über die durchgehend positive Bewertung von allen Seiten.

Beschlussvorschlag:

Auf Grundlage der Evaluationsergebnisse beschließt der Jugendhilfeausschuss eine Weiterführung der Koordinierungsstelle in der Trägerschaft des Kreisjugendringes im bisherigen Umfang von 50% einer sozialpädagogischen Fachkraft für einen Zeitraum von 5 Jahren. Vor Ablauf dieses Zeitraums überprüft eine neuerliche Evaluation längerfristige Effekte unter Berücksichtigung der derzeit noch nicht bekannten Auswirkungen der Veränderungen in der Schullandschaft.

Die Weiterentwicklung des Aufgabenprofils der Koordinierungsstelle ist in der gemeinsamen Verantwortung von Kreisjugendring und Amt für Jugend und Familie zu gestalten.

Die notwendigen Mittel werden dem Kreisjugendring zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Auf Grundlage der Evaluationsergebnisse beschließt der Jugendhilfeausschuss eine Weiterführung der Koordinierungsstelle in der Trägerschaft des Kreisjugendringes im bisherigen Umfang von 50% einer sozialpädagogischen Fachkraft für einen Zeitraum von 5 Jahren. Vor Ablauf dieses Zeitraums überprüft eine neuerliche Evaluation längerfristige Effekte unter Berücksichtigung der derzeit noch nicht bekannten Auswirkungen der Veränderungen in der Schullandschaft.

Die Weiterentwicklung des Aufgabenprofils der Koordinierungsstelle ist in der gemeinsamen Verantwortung von Kreisjugendring und Amt für Jugend und Familie zu gestalten.

Die notwendigen Mittel werden dem Kreisjugendring zur Verfügung gestellt.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: JHA/2015.09.28/Ö-1

Schäfer
Protokollführer/in

Haupt-Kreutzer
Vorsitzende/r

Jugendhilfeausschuss	Termin 28.09.2015	Vorlage: FB 31a/159/2015
		TOP 2
		öffentlich

Fachbereich: Amt für Jugend und Familie

Betreff:

Jugendsozialarbeit an Schulen; Aufstockung der JaS an der Mittelschule Gaukönigshofen

Sachverhalt:

Die Mittelschule Gaukönigshofen ist eine Schule mit perspektivisch steigenden Schülern in den nächsten Jahren, das sich bereits jetzt schon an den permanent steigenden Schülerzahlen im Bereich der Grundschule Giebelstadt und der Kindergartenkinder im Kindergarten Giebelstadt festmachen lässt. Erst kürzlich wurde der Schulsprengel in Richtung eines Teilgebietes der Mittelschule Röttingen erweitert.

Darüber hinaus wird dort eine Übergangsbeschulung für begleitete und nicht begleitete Flüchtlingskinder als Außenstelle der Mönchbergschule geführt.

Bereits im Haushalt 2015 wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschuss vom 13.10.2014 (Beschluss-Nr.: JHA/2014.10.13/Ö-2) eine Aufstockung der JaS-Personalstelle von 0,5 auf 0,75 VZÄ (29,25/39 Wochenstunden) im Rahmen der staatlichen Förderung beschlossen.

Da die Zahlen im Bereich der einheimischen Schüler und vor allem im Bereich der begleiteten und unbegleiteten Flüchtlingssschüler weiter angestiegen sind, ist ein weiterer Mehrbedarf durch die Schule über den Schulverband als Träger an uns herangetragen worden.

Nach eingehender Prüfung durch die Fachverwaltung befürwortet diese eine Aufstockung der aktuellen 0,75 %-Planstelle um 0,15 VZÄ auf 0,90 VZÄ zum 01.01.2016.

Debatte:

Frau Kreisrätin Schäfer fragt an, ob der Beschluss explizit auf 0,9 VZÄ und nicht auf eine Vollzeitstelle gestellt wurde. Hinsichtlich des künftigen Bedarfs wäre es vielleicht geschickter gewesen, eine Ganztagsstelle einzurichten. Herr Rostek antwortet darauf, dass er davon ausgeht, dass der Antrag durch die Mittelschule Gaukönigshofen bedarfsgerecht gestellt ist.

Herr Pfeuffer, Schulamt, ergänzt, dass in Gaukönigshofen mittlerweile eine zweite Übergangsklasse eingerichtet wurde. Hinsichtlich des erwarteten Ausbaus von Asylbewerberunterkünften in Ochsenfurt wird der Bedarf in Gaukönigshofen noch weiter zunehmen, zumal die Mittelschule Gaukönigshofen aufgrund des prekären räumlichen Zustandes derzeit keine Übergangsklassen einrichten kann.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Würzburg befürwortet an der Mittelschule Gaukönigshofen eine Aufstockung der dortigen 0,75 %-Planstelle ab 01.01.2016 um 0,15 VZÄ auf 0,90 VZÄ (35/39 Wochenstunden). Die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel werden im Entwurf des Jugendhilfehaushaltes für 2016 vorgesehen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Würzburg befürwortet an der Mittelschule Gaukönigshofen eine Aufstockung der dortigen 0,75 %-Planstelle ab 01.01.2016 um 0,15 VZÄ auf 0,90 VZÄ (35/39 Wochenstunden). Die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel werden im Entwurf des Jugendhilfehaushaltes für 2016 vorgesehen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: JHA/2015.09.28/Ö-2

Schäfer
Protokollführer/in

Haupt-Kreutzer
Vorsitzende/r

		Vorlage: FB 31a/156/2015
	Termin	TOP 3
Jugendhilfeausschuss	28.09.2015	öffentlich

Fachbereich: Amt für Jugend und Familie

Betreff:

Erweiterung der Familienbildungsangebote im Landkreis Würzburg

Sachverhalt:

Mit Beschluss im Familienausschuss vom 12.11.2008 und anschließender Beschlussfassung im Kreistag wurde ab dem Jahr 2009 die Kommunale Familienförderung des Landkreises Würzburg eingeführt. Als Haushaltsmittel stehen 9.000,00 € zur Verfügung.

Im Einzelnen sehen die Richtlinien der Kommunalen Familienförderung folgendes vor:

- Förderung der Familienerholung in anerkannten Familienferienstätten
- Förderung der Familienbildung am Wochenende

Beide Bereiche sind an die staatl. Förderung durch das Zentrum Bayern, Familie und Soziales gekoppelt.

Ergänzend fördert der Landkreis die Teilnahmebeiträge der Elternkursprogramme pauschal mit einem Betrag von 20,00 € pro Kurs und Person einkommensunabhängig. Förderfähig sind vom Ausschuss anerkannte Programme. Dies sind aktuell:

- Starke Eltern - starke Kinder (Kinderschutzbund)
- Triple-P-Programme (trägerübergreifend)
- kess erziehen (Familienbund)
- Elternwerkstatt (AWO)
- EPL ein partnerschaftliches Lernprogramm
- konstruktive Ehe und Kommunikation KEK
- Familienteam - das Miteinander stärken
- Elternkurs „auf eigenen Beinen stehen“

Auf Antrag können weitere Kursprogramme in die Förderliste aufgenommen werden. Das Evangelische Beratungszentrum des Diakonischen Werks Würzburg hat die Aufnahme seines Elternkursprogramms „Kinder im Blick“ beantragt.

Das Elternkursprogramm richtet sich an Eltern, die sich trennen oder scheiden lassen. Diese Phase ist oft mit Konflikten, massiven familiären Veränderungen und Neuorientierung verbunden. Die Bedürfnisse der Kinder dabei nicht aus den Augen zu verlieren und eine gute Beziehung zu Vater oder Mutter zu erhalten steht als Zielsetzung im Mittelpunkt des Angebotes.

"Kinder im Blick" ist ein in München entwickeltes und von der Ludwig-Maximilians-Universität überprüfetes Trainingsprogramm für Eltern in Trennung und Scheidung, wobei Mutter und Vater in verschiedenen Gruppendurchgängen teilnehmen.

Das Amt für Jugend und Familie befürwortet nach Prüfung eine Bezuschussung der Elternbeiträge zum Kursprogramm „Kinder im Blick“ auf Grundlage der Richtlinien der kommunalen Förderung der Familienbildung.

Debatte:

Herr Schrappe, Evangelisches Beratungszentrum, ergänzt, dass das Familienbildungsprogramm nicht nur vom Evangelischen Beratungszentrum, sondern auch von der Beratungsstelle des Sozialdienstes Katholischer Frauen angeboten wird. Darüber hinaus gibt er noch einige Erläuterungen zur inhaltlichen Ausrichtung des Kursprogramms.

Herr Kreisrat Zorn hält die Förderung für sehr sinnvoll, zumal in der inhaltlichen Ausrichtung vor allen Dingen die Kinder von Scheidungseltern davon profitieren sollen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Aufnahme des Elternkurses „Kinder im Blick“ als förderfähiges Elternbildungsprogramm im Rahmen der Kommunalen Familienförderung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Aufnahme des Elternkurses „Kinder im Blick“ als förderfähiges Elternbildungsprogramm im Rahmen der Kommunalen Familienförderung.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: JHA/2015.09.28/Ö-3

Schäfer
Protokollführer/in

Haupt-Kreutzer
Vorsitzende/r

Jugendhilfeausschuss	Termin 28.09.2015	Vorlage: FB 31a/160/2015
		TOP 4
		öffentlich

Fachbereich: Amt für Jugend und Familie

Betreff:

Kommunale Familienzeitpolitik im Landkreis Würzburg

Sachverhalt:

Die Veranstaltungsreihe „forum jugendhilfe“ befasste sich in seiner letzten Veranstaltung am 10.06.2015 mit dem Thema „Zeit für Familie - Zeit für Kinder“. Hierzu konnten zwei hochkarätige und versierte Experten aus Wissenschaft und Praxis nach Würzburg geholt werden:

- Prof. Dr. Helmut Schneider, Steinbeiß-Hochschule Berlin, Mitautor des 8. Familienberichts der Bundesregierung
- Günter Katheder-Göllner, Familienbeauftragter im Landratsamt Donau-Ries, Erfahrungen zur kommunalen Zeitpolitik für Familien im Landkreis Donau-Ries

Ein „unspektakuläres“ Beispiel aus dem Jahresbericht 2014 der Caritas für Würzburg Stadt und Land verdeutlicht das Problem der Zeitgestaltung, des Zeitmanagements für Familien als alltägliches Problem. Dort ist die Situation einer alleinerziehenden Mutter im südlichen Landkreis erwähnt:

Sie lebt im Ochsenfurt Gau und ist als Altenpflegerin tätig. 3 ihrer 4 Kinder besuchen eine Förderschule und werden deshalb schon früh vor 7:00 Uhr von zu Hause abgeholt. Vor Arbeitsbeginn bringt die Mutter das 4. und jüngste Kind in einen Kindergarten im Nachbarort. Nach der Arbeit werden zuerst das Kindergartenkind und anschließende die Schulkinder in unterschiedlichen Ortschaften eingesammelt. Zusätzliche Fahrtzeiten müssen in Kauf genommen werden, damit die Kinder ihre Schulfreundschaften pflegen können, damit sie in Vereinen aktiv sein können, beides in anderen Ortschaften und an vielen Tagen in der Woche.

Die Teilhabe dieser Familie am kulturellen und sozialen Leben im ländlichen Raum ist symptomatisch, bindet viel Zeit und kostet Geld.

Lebensstandard und Lebensqualität in unserer Gesellschaft sind zwar nach wie vor bestimmt durch materielle und finanzielle Versorgung, immer mehr aber geht es um den wertvollen Faktor „Zeit“.

Ganz besonders sind Familien von Zeitkonflikten betroffen, da Familien zunehmend nicht mehr über die „Zeitpuffer“ früherer Jahre verfügen. Gründe sind:

- Doppelbelastung von Beruf und Familie,
- das Kümmern um Kinder und pflegebedürftige Angehörige,
- aber auch die Gestaltung von persönlichen Interessen, Freizeit und kulturellen Ansprüchen
- sowie des ehrenamtlichen Engagements

All dies beansprucht das begrenzte Zeitbudget der Familien. Da entstehen Zeitkonflikte, Stress- und Bewältigungsprobleme.

Kommunale Familienpolitik heißt, einen Beitrag zur Verbesserung der Zeit-Souveränität von Familien zu leisten. Zu Recht sagt der 8. Familienbericht: „Familien brauchen Zeit, um überhaupt als Familie zu existieren und sich als solche erfahren zu können“.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des *forum jugendhilfe* kurz dargestellt. Verbunden damit ist die Überlegung, ob „kommunale Familienzeitpolitik“ auch ein Thema für den Landkreis Würzburg ist.

Forum Jugendhilfe „Zeit für Familie - Zeit für Kinder“ Kommunale Familienzeitpolitik - ein Modell für den Landkreis Würzburg? Zusammenfassung der Workshopergebnisse

Grundsätzliche Überlegungen:

- Familie ist nicht gleich Familie; unterschiedliche Familienformen haben unterschiedliche Zeitpräferenzen und Zeitkonflikte
Gibt es wirklich weniger Zeit oder hat sich die Nutzung verändert?
- Es geht nicht nur um mehr Zeit, sondern auch um die Qualität
- Landkreis - Gemeinden: Familienzeitpolitik auf beiden Ebenen thematisieren

Handlungsfelder:

- Schlüsselqualifikationen für Familien:
 - Elterliche Verantwortung
 - Familiäre Atmosphäre (stressfrei)
 - Tagesstruktur in Familien
- Örtliche Netzwerke und Information, z.B.
 - Nachbarschaftshilfen
 - Zeittauschbörsen
 - Fahrdienste
- Kindertagesbetreuung
 - Internetbörse
 - Notfallbetreuung
 - Interkommunale Absprache/Zusammenarbeit Ferienbetreuung (Kindergarten und Schulkinder); Koordination durch Landkreis?
 - Infobörse über Ferienbetreuungsangebote der Gemeinden, Ferienspielplätze
 - Erweiterte Öffnungszeiten der Ferienspielplätze
- ÖPNV
 - Welcher Bedarf z. B. für schlecht angebundene Gemeinden besteht überhaupt (z.B. südl. Landkreis)
 - Zeittaktung
 - Bundeslandübergreifend
- Öffnungszeiten, z.B.
 - Dienstleister
 - Ärzte
 - Beratungsangebote

Debatte:

Herr Rostek ergänzt auf der Grundlage verschiedener Bundesweiter Studien (Umfrage der Zeitschrift Eltern 2015; Zeitverwendungserhebung des Statistischen Bundesamtes 2013), die nachdrücklich die Notwendigkeit einer kommunalen Familienzeitpolitik belegen.

Frau stellv. Landrätin Haupt-Kreutzer betont die für sie wichtige Aussage, dass es nicht nur darum geht, dass weniger Zeit in der Familie zur Verfügung steht, sondern dass die überlappenden Zeitfenster in den Familien Engpässe verursachen. Für Familien wird es deswegen zunehmend schwierig, gemeinsame Zeitfenster zu finden, die nur ihnen zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang schließt sie sich den Ausführungen des Jugendamtes an und bittet um eine Beauftragung zur Erstellung eines Konzeptes. Auch hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es noch viel zu tun.

Frau Rottmann-Heidenreich, Gleichstellungsbeauftragte, teilt die Einschätzungen des Jugendamtes und bietet ihre Kooperation an. Sie ergänzt jedoch, dass die Geschlechterrollen nach wie vor im hohen Maße vordefiniert sind. Deshalb appelliert sie an die Verantwortung der Männer und Väter im Bereich der Kindererziehung und der Familienarbeit. Lebenswelten von Müttern und Vätern sind unterschiedlich, das muss in einem solchen Prozess berücksichtigt werden.

Herr Schrappe, Evangelisches Beratungszentrum, ergänzt, dass in dem Zusammenhang der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die immer frühzeitigeren Dauerbetreuungen von Kindern, Kinderbedürfnisse und Bindungsbedürfnisse nicht aus dem Auge verloren werden dürfen. Hinsichtlich des Beschlussvorschlages fragt er an, wer denn die angefragten Akteure sein sollen. Dies können ja nicht nur Vertreter der Jugendhilfe sein, sondern müssten auch aus anderen Bereichen kommen. In diesem Zusammenhang bringt er das Bündnis Familie und Arbeit in der Region Würzburg ins Gespräch.

Herr Rostek weist darauf hin, dass das Bündnis Familie und Arbeit nicht der adäquate Ansprechpartner wäre, da dieses Bündnis sich ausschließlich an Aktivitäten an Personalverantwortliche in Firmen und Betrieben richtet, nicht aber an Eltern direkt. Herr Rostek ergänzt weiterhin zum Beschlussvorschlag, dass es sich noch nicht um die Umsetzung einer kommunalen Familienzeitpolitik im Landkreis Würzburg handelt und auch nicht um den Einstieg in den Prozess, sondern um einen Auftrag des Jugendhilfeausschusses, ein tragfähiges Konzept zu entwickeln und dann neuerlich zur Beratung im Jugendhilfeausschuss vorzulegen. Erst auf Grundlage eines Konzeptes könne eine Entscheidung getroffen werden, ob der Landkreis Würzburg Kommunale Familienzeitpolitik als familienpolitische Handlungsleitlinie einführt.

Herr Meixner, Sozialdienst Katholischer Frauen, hat als Teilnehmer am „forum jugendhilfe“ die Präsenz des Themas erkannt und würde eine Umsetzung im Landkreis Würzburg empfehlen. Frau Kreisrätin Schäfer bestätigt diese Sicht und ergänzt die Notwendigkeit, einerseits Schwerpunkte zu entwickeln, andererseits sich aber auch auf einen längerfristigen Prozess einzulassen.

Beschlussvorschlag:

Die Jugendhilfeplanung wird beauftragt, erste konzeptionelle Ideen zur Umsetzung kommunaler Familienzeitpolitik im Landkreis Würzburg zu entwickeln und diese 2016 zur Entscheidung im Jugendhilfeausschuss vorzulegen.

Beschluss:

Die Jugendhilfeplanung wird beauftragt, erste konzeptionelle Ideen zur Umsetzung kommunaler Familienzeitpolitik im Landkreis Würzburg zu entwickeln und diese 2016 zur Entscheidung im Jugendhilfeausschuss vorzulegen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: JHA/2015.09.28/Ö-4

Schäfer
Protokollführer/in

Haupt-Kreutzer
Vorsitzende/r

Jugendhilfeausschuss	Termin 28.09.2015	Vorlage:
		TOP 5
		öffentlich

Fachbereich:

Betreff:

Sonstiges

1. mündliche Kurzinformationen

2. Antrag der Bundesvereinigung der Kindertagespflegepersonen e. V., Frau Hartmann, betreffend Kindertagespflege

Debatte:

1. Informationen:

Herr Scheller, Evangelisches Jugendwerk, informiert über das neue Jahresprogramm.

Herr Rostek informiert über den 9. Praxistag des Bündnisses Familie und Arbeit in der Region Würzburg, zum Thema „Führen neu gedacht - Führungsverantwortung und Familie sind vereinbar“, am 26.11.2015.

2. Herr Meixner, Sozialdienst Katholischer Frauen, bringt das Thema „Kindertagespflege“ ein. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wurden neuerlich von der Bundesvereinigung der Kindertagespflegepersonen e. V., Frau Hartmann (Gerbrunn), hinsichtlich der qualifizierten Kindertagespflege in Würzburg, angeschrieben.

Verbunden mit diesem Schreiben war der Antrag, verschiedene Forderungen nach Verbesserung der Situation und Aufwertung des Berufs der Kindertagespflege im Ausschuss zu behandeln. Die Ausführungen und Unterlagen sind sehr umfangreich und betreffen zudem nicht nur den Landkreis Würzburg, sondern auch die Stadt Würzburg.

Herr Meixner fragt deshalb an, wie der Ausschuss mit dem Schreiben und den Fragen umgehen soll. Er schlägt vor, dass das Jugendamt sich mit der Thematik beschäftigen soll und in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen das Thema Kindertagespflege grundsätzlich behandelt werden soll.

Herr Schimanski, Verwaltung der Jugendhilfe, weist darauf hin, dass ein dahingehender Rechtsstreit mit Frau Hartmann vor dem Würzburger Verwaltungsgericht mit ausführlicher Begründung abgewiesen wurde. Aus diesem Grund sucht Frau Hartmann seiner Einschätzung nach jetzt den politischen Weg über die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses von Stadt und Landkreis Würzburg.

Frau Kreisrätin Schäfer empfiehlt in einem ersten Schritt eine sachliche Behandlung durch die drei Träger der Kindertagespflege, Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg und Paritätischen, um Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Als von Frau Hartmann angeschriebenes Mitglied des Jugendhilfeausschusses sieht sie sich außerstande, die Sachlage zu bewerten.

Herr Meixner, Sozialdienst Katholischer Frauen, ergänzt, dass er den Weg von Frau Hartmann, die Politik unter Umgehung der Verwaltung zu adressieren, für den falschen hält.

Herr Rostek bestätigt, dass das Jugendamt als Verwaltung im gesamten Schriftverkehr von Frau Hartmann nicht berücksichtigt wurde. Ferner weist Herr Rostek darauf hin, dass es zum gegebenen Zeitpunkt keine sachliche Stellungnahme zum Schreiben von Frau Hartmann abgeben kann, zumal sich inhaltlich Einzelfälle und grundsätzliche Fragestellungen vermischen.

Herr Schimanski, Verwaltung der Jugendhilfe, bestätigt dies und weist darauf hin, dass die Vermischung verschiedener Themen und Inhalte, sowie die Vermischung verschiedener Entscheidungskompetenzen und Zuständigkeiten es schwierig macht, eine sachlich Stellungnahme zu geben.

Frau Haupt-Kreutzer, stellv. Landrätin, und Frau Kreisrätin Schäfer empfehlen, eine gemeinsame Position von Stadt, Landkreis und Paritätischen.

Schäfer
Protokollführer/in

Haupt-Kreutzer
Vorsitzende/r

